

Wer kommt in den *Elysée*-Palast?

Ein Jahr vor den französischen Präsidentschaftswahlen

Gérard Foussier*



In einem knappen Jahr werden die französischen Whler entscheiden, wer für fünf Jahre in den *Elysée*-Palast einziehen wird. Noch ist die Lage unübersichtlich und das Wahlsystem erschwert sämtliche Voraussagen. Es darf spekuliert werden.

Spekulation ist keine Wissenschaft, sogar die Liste der möglichen Bewerber kann sich bis Anfang 2017 ändern, bevor die Whler zu den Urnen gebeten werden – für einen ersten Wahlgang im April, wobei sich nur die zwei ersten für den zweiten Wahlgang Anfang Mai qualifizieren können. 2002 hatte das linke Lager aus Sozialisten, Kommunisten und Umweltschützern jeweils seine eigenen Kandidaten aufgestellt – so kam es, dass der zweite Wahlgang ohne die Linken stattfinden konnte. Gegen den rechtsextremen Kandidaten des *Front National* (FN), Jean-Marie Le Pen, wurde der bürgerliche Amtsinhaber Jacques Chirac

haushoch wiedergewählt. Um eine solche Situation bei den Wahlen von 2007 zu vermeiden, beschlossen die Linken, einen gemeinsamen Kandidaten intern zu bestimmen: die Parteimitglieder entschieden sich für Ségolène Royal, die Whler gaben ihr aber keine Mehrheit und favorisierten den Neogaullisten Nicolas Sarkozy. Für die Wahlen von 2012 gab es zum ersten Mal eine sogenannte *primaire ouverte*, also eine „Vorwahl für alle Wahlberechtigte“, unabhängig von Parteizugehörigkeit, mit einem eindeutigen Ergebnis (56,5 %) für den früheren Parteichef François Hollande gegen Martine Aubry. Die anderen Be-

Sp culations

A moins d'un an des prochaines élections présidentielles, l'échiquier politique français traduit la diversité des attentes. A gauche, certains socialistes souhaiteraient l'organisation d'une « primaire ouverte » le plus tôt possible pour lancer la campagne, mais le Front de gauche et les communistes ne souhaitent pas participer à une telle primaire. Quant aux écologistes, ils sont divisés depuis l'entrée en février 2016 de trois ministres verts au gouvernement. A droite, la longue liste des prétendants traduit plus un sentiment de division que de solidarité, ce qui rappelle



le syndrome de 2002, à savoir l'élimination dès le premier tour du candidat d'une formation démocratique au profit du candidat d'extrême-droite. En critiquant ouvertement la politique menée par sa fille et en fondant un nouveau mouvement, Jean-Marie Le Pen redonne quelque (mince) espoir à la gauche et à la droite de disputer entre elles l'élection de 2017. Reste à désigner dans chacun des deux camps les bons candidats susceptibles de convaincre les électeurs. R d.

* Gérard Foussier ist Chefredakteur von *Dokumente/Documents* und Prsident des *Bureau International de Liaison et de Documentation* (BILD).

werber mussten sich geschlagen geben, wurden aber nach der Wahl mit Ministerposten getröstet: Arnaud Montebourg (17,1 %) wurde Minister für wirtschaftlichen Aufbau (trat aber 2014 zurück), Ségolène Royal (6,9 %) wurde 2014 Umweltministerin, Manuel Valls (5,6 %) wurde zunächst Innenminister, dann 2014 Premierminister. Nur Martine Aubry verzichtete auf eine solche Anerkennung und gehört seitdem, unter anderem mit Montebourg, zu den Rebellen, die die Politik des Präsidenten offen kritisieren.

Für die nächsten Wahlen ist das Modell der *primaires ouvertes* allerdings nicht vorgesehen, solange François Hollande nicht gesagt hat, ob er für eine zweite Amtszeit überhaupt kandidiert. Im bürgerlichen Lager hingegen hat sich die Organisation solcher Vorwahlen durchgesetzt – zum eindeutigen Ärger des früheren Präsidenten Nicolas Sarkozy, der lieber alleine auftreten möchte, was ihm ein Dutzend Politiker nicht gönnen. Die Entscheidung ist für den 27. November vorgesehen. Bis dahin wird es mit Sicherheit Abmachungen und Koalitionen geben, die eine eindeutige Voraussage heute noch nicht ermöglichen.

Bereits 1990 wurde in Frankreich die Möglichkeit von *primaires* erörtert. Das bürgerliche Lager wollte für die Präsidentschaftswahlen von 1995 einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen. Es sollte verhindert werden, dass die Rivalität zwischen den beiden Konservativen Valéry Giscard d'Estaing (Präsident von 1974 bis 1981) und Jacques Chirac (damals Parteichef, Bürgermeister von Paris und Premierminister unter Giscard von 1974 bis 1976, dann unter François Mitterrand von 1986 bis 1988) die Siegeschancen des bürgerlichen Lagers mindern. Giscard verzichtete schließlich, aber Edouard Balladur (Premierminister von Mitterrand von 1993 bis 1995) kandidierte erfolglos als Gaullist-Rebell gegen Chirac, der die Wahl doch noch gewann. Die Grünen haben 2002 und 2007 interne Vorwahlen veranstaltet, die Kommunisten haben 2007 und 2012 ihre Mitglieder konsultiert. Bei den Sozialisten fanden die ersten *primaires* 1995 statt: Parteichef Lionel Jospin wurde nominiert, verlor aber gegen Jacques Chirac. Auch 2007 gab es eine interne Vorwahl, Ségolène Royal erreichte zwar den zweiten Wahlgang, verlor aber gegen Nicolas Sarkozy. Erst im

Jahr 2011 veranstaltete die sozialistische Partei (PS) eine *primaire ouverte* – offen also für alle. 2,8 Millionen Wähler beteiligten sich. Auch die Grünen übernahmen die Idee, aber nur für ihre Parteimitglieder und Sympathisanten.

Das Ziel der *primaires ouvertes* ist eindeutig: Wenn ein Lager geschlossen mit einem gemeinsamen Kandidaten auftritt, sind seine Chancen, beim zweiten Wahlgang dabei zu sein, größer. Keiner ist aber bereit, ohne irgendeine „Gegenleistung“ den Platz zu räumen. Alle wollen in erster Linie ein messbares Gewicht in der politischen Landschaft haben und ihre Reformwünsche im künftigen Programm des Staatspräsidenten wiederfinden. Ungeklärt ist allerdings, wie sich Verlierer der Vorwahlen im Fall eines Sieges des gemeinsamen Kandidaten verhalten werden: Die Sozialisten haben es seit 2012 vorgemacht – von der bedingungslosen Unterstützung (Royal, Valls) über die zunächst kritische Solidarität (Montebourg) bis hin zur endgültigen Opposition (Aubry). Ähnliches gilt für die bürgerliche Partei *les Républicains*: Kann Ex-Präsident Sarkozy, sollte er die *primaires* nicht gewinnen, seinen wichtigsten Kontrahenten Alain Juppé oder seinen ehemaligen Premierminister François Fillon unterstützen? Können sich die „kleineren“ Bewerber, die ihre Kampagne mit sehr kritischen Tönen schmücken, um eine angebliche Erneuerung der Politik zu unterstreichen, im Fall ihrer Niederlage wieder anpassen? Egal wer die Vorwahlen im November 2016 gewinnt – er (oder sie) braucht für die Präsidentschaftswahlen von 2017 die Unterstützung aller.

In diesem Dilemma befindet sich das linke Lager – wobei schon heute feststeht, dass sich die Neue Linke und die Kommunisten eine ganz andere Politik wünschen und nicht bereit sind, dem amtierenden Präsidenten eine zweite Chance zu gewähren. Bei der letzten Regierungsumbildung hat François Hollande zwar drei Grüne ins Kabinett geholt, aber diese Entscheidung hat zur Spaltung der Umweltpartei (und des Wählerpotentials) beigetragen.

Was macht François Hollande?

Die große Unbekannte bleibt die Haltung des Präsidenten: Mehrmals hat er seit 2012 versichert,

er werde nicht wieder antreten, wenn die Arbeitslosigkeit bis 2017 nicht zurückgehen sollte. Fakt ist: Seit 2012 haben sich 600 000 Arbeitslose mehr in der Agentur für Arbeit (*Pôle Emploi*) angemeldet. Und sollten zaghaft positive Entwicklungen doch noch bis zur nächsten Wahl registriert werden – als einen Erfolg seiner Politik kann er das nicht bewerten. Selbst diejenigen in der PS, die nicht als „Königsmörder“ gelten möchten, werden allmählich ungeduldig: Einige erwarten eine schnellere Entscheidung des Staatschefs; andere schließen eine *primaire* auch mit Hollande nicht mehr aus, um den Wahlkampf endlich organisieren zu können. Zeit braucht der zukünftige Kandidat vor allem, um möglichst viele Unterstützer auf seinen Namen zu vereinen. Ein schwieriges Unterfangen, denn die Neue Linke und die Kommunisten werden mit eigenen Kandidaten auftreten und dadurch eine Wiederholung des 2002-Syndroms ermöglichen.

François Hollande ist aber in solchen Überlegungen kein Anfänger, er gilt als der große Meister der Synthese. Deswegen wird nicht ausgeschlossen, dass er sein Wahlvolk mit einer Initiative überrascht, die nicht die Suche nach einem geeigneten Kandidaten zum Ziel hätte, sondern vielmehr die Definition einer Politik für die (zumindest nahe) Zukunft. Schwierig ist allerdings, dass nicht jeder zur Zeit gleiche Positionen bezieht: Premierminister Manuel Valls vertritt die Option des schützenden Staates; Wirtschaftsminister Emmanuel Macron sieht den Staat als Garant der industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung; Arnaud Montebourg (der seit Jahren für eine Sechste Republik eintritt) plädiert für eine staatliche Interventionspolitik. Alle drei Vorstellungen haben zwar ihre jeweiligen Anhänger, aber auch ihre resoluten Gegner. Eine Synthese, die auf Solidarität der Kandidaten fußt, die ihre Visionen nicht durchgesetzt haben, gehört indes zur Kategorie der Wunder. Hollandes Kalkül dürfte aber ein anderes sein: Wenn die Vielseitigkeit der Modelle als Zeichen eines Ideenreichtums innerhalb des PS gepriesen werden kann, muss die Gegenseite mit Bewerbern, die zum Teil bereits unter Jacques Chirac Regierungsmitglieder waren, zeigen, dass sie in der Lage ist, richtige Antworten auf die Fragen der heutigen Gesellschaft zu lie-

fern. Der ehrgeizige Emmanuel Macron, einer der jüngsten Minister der aktuellen Regierung, sprudelt nur von neuen Ideen, die den 72-jährigen ehemaligen Premierminister Alain Juppé als vorsichtige Vaterfigur eher irritieren; die Sprache von Premierminister Manuel Valls, als Verfechter einer starken und strikten Staatsordnung, kommt besser an als die impulsiven Sprüche eines autoritären Sarkozy.

Wen sich die französischen Wähler letzten Endes an die Spitze des Staates wünschen, ist schwer zu sagen. Wen sie nicht wollen hingegen, zumindest laut Umfragen, scheint klar zu sein – weder Hollande noch Sarkozy. Umso wichtiger erscheint also die Wahl des richtigen Kandidaten.

Die Aussichten von Marine Le Pen

Bei diesen Überlegungen stört eine Partei das übliche Links-Rechts-Schema der Fünften Republik: Marine Le Pen als FN-Kandidatin erhofft sich, wie ihr Vater 2002, ein stolzes Ergebnis im ersten Wahlgang, das ihr eine Präsenz beim zweiten ermöglicht. Die Ergebnisse der letzten Gemeinde-, Regional- und Europawahlen zeigen, dass ihre Partei nicht marginal ist. Ihre Wähler sind auch Protestwähler, die sowohl Hollande als auch Sarkozy, sowohl die Sozialisten als auch die Neogaullisten, ablehnen und für einen grundsätzlichen Wechsel plädieren. Der Krach mit ihrem Vater (und Parteigründer), dem sogar der Ehrenvorsitz der Partei entzogen wurde, hat einerseits im Rahmen einer dosierten „Entteufelungsstrategie“ das Image der Tochter etwas korrigiert, andererseits den Unmut der harten Linie verstärkt.

Vater Le Pen hat eine neue Formation, *Jeanne, au secours* (*Hilfe, Jeanne!* gemeint ist Jeanne d'Arc), gegründet, die die ursprünglichen Positionen der Partei vertritt. Er wird nicht müde zu behaupten, dass seine Tochter die Erfolgchancen gefährdet. Zwar wird der FN keine *primaires* veranstalten wollen, aber jeder Versuch, die Partei zu teilen, könnte im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen die Aussicht auf das Erreichen der zweiten Runde torpedieren. Jean-Marie Le Pen als Retter vor einem Sieg der Rechtsextremen? Das wäre nicht das einzige Paradoxon dieser Wahl.